

Laurahütte-Siemianowitzer Zeitung

Erscheint Montag, Dienstag, Donnerstag und Sonnabend und kostet vierzehntägig ins Haus 1,25 Zloty. Betriebsstörungen begründen keinerlei Anspruch auf Rückerstattung des Bezugspreises.



Einzige älteste und gelesenste Zeitung von Laurahütte-Siemianowitz mit wöchentlicher Unterhaltungsbeilage.



Anzeigen nimmt die Geschäftsstelle dieser Zeitung entgegen. Die achtspaltige Kleinzeile kostet je mm 10 Groschen, auswärtige Anzeigen je mm 12 Gr. Reklamespalt 40 Groschen. Bei gerichtl. Beitreibung ist jede Ermäßigung ausgeschlossen.

Geschäftsstelle: Siemianowice (Śląskie), ulica Bytomska (Beuthenerstraße) 2

Fernsprecher Nr. 501

Fernsprecher Nr. 501

Nr. 6

Dienstag, den 10. Januar 1928

46. Jahrgang

Um die französisch-italienische Verständigung

Einigung auf Kosten Deutschlands?

Das deutsche Schulwesen in Ostland

Auf einer Anfang Dezember abgehaltenen Tagung hat sich der Deutsche Kulturrat in Ostland — das auf Grund des Gesetzes über die Kulturautonomie der nationalen Minderheiten geschaffene deutsche Kulturparlament — mit der außerordentlich schwierigen Frage der Ausarbeitung eines zweckmäßigen deutschen Schulgesetzes zu befassen gehabt. Durch Krieg und Revolution, vor allem aber auch durch die Agrarreform ist der weitaus größte Teil der ostländischen Deutschen außerordentlich verarmt, so daß auch hinsichtlich des Schulwesens mit größter Sparnkraft gewirtschaftet werden muß, ohne daß andererseits wieder das kulturelle Niveau des hiesigen Ostdeutschlands gefährdet würde. Wie ungeheuer groß die Verarmung namentlich in den kleineren Städten des Landes ist — in Rewal liegen die Verhältnisse etwas besser — erhellt z. B. aus der Tatsache, daß in Arensburg auf 1000 von 308 Personen, welche die Steuer zugunsten der deutschen Kulturverwaltung entrichten, 262 kein das Existenzminimum erreichendes Einkommen haben.

Der größte Teil der deutschen Schulen in Ostland sind Privatschulen, die von der Deutschen Kulturverwaltung wesentliche Zuschüsse erhalten. An öffentlichen, von Staat und Kommune unterhaltenen deutschen Schulen gibt es je eine Grundschule in Rewal, Darpau und in der einzigen deutschen Bauernsiedlung des Landes Heimtal (bei Berro), ein Knaben-Realgymnasium und ein Mädchen- (humanistisches) Gymnasium in Rewal, sowie ein Rekrutations- (humanistisches) Gymnasium in Darpau. Die Zahl der deutschen Privatschulen dagegen beträgt zwanzig, von denen acht bis zum Abitur führen. Seit der Bewilligung der Kulturautonomie unterscheiden auch die öffentlichen deutschen Schulen nicht mehr den betr. Kommunalverwaltungen, sondern der deutschen Kulturverwaltung, die ihrerseits aber auf gleicher Grundlage wie die Schulämter der lokalen Selbstverwaltungen Träger der Aufsicht des Kultusministeriums unterstellt ist. Die allgemeinen Vorschriften des Kultusministeriums über die Lehrpläne, Stundenpläne usw. der öffentlichen Schulen haben auch für die deutschen öffentlichen Schulen Gültigkeit — nur mit dem Unterschied natürlich, daß die Unterrichtssprache deutsch ist und das Ostnische die Stellung der ersten Fremdsprache einnimmt. Den Privatschulen sind gewisse Abweichungen von den ministeriellen Lehrplänen gestattet.

Der letzten Tagung des Deutschen Kulturrats lag nun ein Antrag der Kulturverwaltung, dem Exekutivorgan des Kulturrats, vor, der einen gewissen Abbau im deutschen Schulwesen vorschlägt. In einigen der kleineren Städte sollen wegen der Knappheit der Mittel die schwachbesuchten oberen Klassen der deutschen Schulen geschlossen und diese Gymnasien in 6klassige Grundschulen mit je 2 eine abgeschlossene Bildung ermöglichenden Ergänzungsklassen umgewandelt werden. Da den geltenden Gesetzen zufolge die Kommunalverwaltungen verpflichtet sind, Grundschulklassen für die nationalen Minderheiten zu unterhalten, sobald 20 Kinder vorhanden sind, so würden diese Schulen in öffentliche verwandelt werden können, wodurch der Unterricht in ihnen kostenlos wäre und außerdem die Kulturverwaltung sehr bedeutend finanziell entlastet würde. Doch neben rein finanziellen Erwägungen waren für die Vorschläge der Kulturverwaltung auch solche kulturpolitischen Charakters maßgebend: das ganze deutsche Bildungswesen (übrigens auch das Ostnische) ist von der russischen Zeit her noch allzusehr auf das Abiturium und den Besuch der Universität zugeschnitten, während die akademischen Berufe schon überfüllt sind und keine ausreichenden Existenzmöglichkeiten mehr gewähren. Die Universität Darpau zählt heute 4208 Studenten, davon 267 oder 6,3 Prozent Deutsche (bei einem Gesamtprozentatz von 2 Prozent Deutschen im Lande), und außerdem studieren noch weit über 100 ostländische Deutsche an Hochschulen in Deutschland. Im Handel und Gewerbe könnten viele junge Deutsche ein gutes Fortkommen im Lande finden, nur müßte dem üblichen Bildungsgang dazu von vornherein die entsprechende Richtung gegeben werden. Der Typus der Bürger- oder Mittelschule hat dagegen bisher im deutschen Schulwesen in Ostland so gut wie vollständig gefehlt. Es sind also realpolitische Erwägungen sehr erster Art, die einen teilweise Umbau des deutschen Schulwesens gebieterisch fordern.

In der Sitzung des Kulturrats stießen diese Vorschläge vielfach auf Widerspruch. So wurde z. B. geltend gemacht, daß bei Schließung der oberen Klassen unbemittelte Eltern, denen die Möglichkeit fehlt, ihre Kinder in eine größere Stadt in die Schule zu geben, diese von vornherein in eine ostnische höhere Schule schicken würden, wobei dann die Gefahr sehr groß ist, daß diese Kinder dem deutschen Volkstum ganz verloren gehen. Die Vertreter Arensburgs bezeichneten das Fortbestehen des vollauggebauten deutschen Gymnasiums direkt als eine Existenzfrage für das durch die isolierte Lage der Insel ohnehin in sehr schwierigen Verhältnisse lebende Ostdeutschland.

Paris. Das führende Mitglied der italienischen faschistischen Partei, Francesco Poppola, äußerte sich in längeren Ausführungen gegenüber dem römischen Vertreter des „Echo de Paris“ über die Ziele der französisch-italienischen Verständigung. Die Auffassung Poppolas läßt sich kurz folgendermaßen zusammenfassen: Frankreich strebe vor allem die Sicherheit am Rhein an, Italien benötige dringend koloniale Ausbreitungsmöglichkeiten. Frankreich möge daher ein Opfer bringen, um es Italien zu erleichtern, daß für seine Bevölkerung notwendige koloniale Absatzgebiete zu finden und Italien werde die französische Sicherheit garantieren. Poppola bemüht sich sodann, nachzuweisen, daß alle bisherigen Versuche Frankreichs, sich die Sicherheit am Rhein zu verschaffen, gescheitert seien. Frankreich habe zuerst an die Aufteilung Deutschlands gedacht, sich sodann um die Garantie Englands und der Vereinigten Staaten bemüht und nach dem Mißlingen dieser Versuche zu der Methode der Eintreibung Deutschlands — keine Entente und Polen — gekehrt. Dieses System lege aber Frankreich derartige Lasten auf, daß es keineswegs der Hilfe wert sei, die Frankreich erreichen könnte. Im übrigen würde die Freundschaft der Balkanstaaten zu Frankreich die Unzufriedenheit der Großmächte herausfordern. Daher wandte sich Frankreich dem Völkerverbande zu, um auf dem Wege

des Protokolls von 1924 alle Staaten für seine Sicherheit zu engagieren. Vergessen! Der Ausweg über Locarno auf dem Wege direkter Verhandlungen mit Deutschland seine Ziele zu erreichen, scheint ebenfalls aussichtslos zu sein. Dagegen würde eine Entente zwischen Frankreich und Italien der französischen Sicherheit eine Bevölkerung von 80 Millionen Menschen zur Verfügung stellen. Italien sei bereit, im Westen des Adriatischen Meeres schmerzliche Opfer zu bringen, wenn Frankreich im Osten des Mittelmeeres — gemeint ist Syrien — Italien entgegenkommen würde.

Diese Gedankengänge sind an sich nicht neu. Bemerkenswert an ihnen ist nur immer wieder, wie gering man in Italien selbst die Unterwürigkeit Italiens unter den Locarnopakt einschätzt. Auf der anderen Seite freilich ist die auf italienischer Seite festgestellte Eintreibungspolitik Frankreichs gegen Deutschland, worunter offenbar die französische Bündnispolitik der Nachkriegszeit verstanden wird und im Zusammenhang damit die weitere Befestigung des Rheinlandes gleichfalls kein Beweis dafür, daß man in Frankreich die machtpolitischen Aspirationen aufzugeben gewillt ist.

Der Aufmarsch der Parteien

Warschau. Im Verlauf des Sonnabends sind beim Hauptwahlkomitee in Warschau fünf Staatslisten eingereicht worden. Die erste Liste ist die „unparteiische“ Regierunqsliste der moralischen Sanierung und dem Vizepremier Bartel als Spitzenkandidat, dem die Minister Skladkowski, Staniewicz, Jaleski und Amiatowski als Kandidaten folgen.

Die Liste Nr. 2 ist die Liste der P. P. S. mit dem Abg. Daszynski als Spitzenkandidat, weitere Kandidaten sind die Abg. Barlicki, Zulawski, Niedzialowski, Kurypowski, Marek; ferner zwei deutsche Sozialisten aus Lodz.

Die Liste 3 hat die „Wyzwolenie“ eingereicht. Ihre Kandidaten sind die früheren Abgeordneten Malinowski, Stolarzki, Wosnicki und Dr. Butel.

Die Liste 4 reichte der jüdisch-sozialistische „Bund“ ein mit dem Abg. Dr. Erlich als Spitzenkandidat.

Die 5. Liste ist von der Poale Zion als zweite jüdisch-sozialistische Liste eingereicht worden.

Man erwartet im Verlauf des Montags weitere Listen und schätzt den Parteienaufmarsch auf insgesamt 15 Listen. Gegenüber den 23 Listen der vorherigen Wahlen immerhin ein Fortschritt zur Parteienkonstellation in Polen.

Woldemaras über die polnisch-litauischen Verhandlungen

Warschau. In einem Interview mit dem vor zwei Tagen nach Kowno gekommenen Vertreter der Amtlichen Polnischen Telegraphenagentur Pat, erklärte Woldemaras, daß er in bezug auf den Termin der polnisch-litauischen Verhandlungen Vorschläge von Seiten Polens erwarte. Falls Polen nicht über Wilna verhandeln wolle, könne man Verhandlungen über die Regelung der Beziehungen zwischen den beiden Staaten beginnen. Die Frage der Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Völkern sei durchaus diskutabel, da er kein Hindernis sehe, polnisches Petroleum sowie Lodzger Fabrikate einzukaufen. Auch Postverkehr mit Polen wäre möglich, wenn das Wilnages-

biet davon ausgeschlossen würde, denn der Annahme von Briefen nach Wilna durch die litauische Post fehle eine Anerkennung der durch die Bolschewikerkonferenz festgesetzten Grenzen. Im weiteren Verlauf betonte Woldemaras nochmals, daß die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Litauen und Polen in weitestgehendem Maße angeknüpft werden könnten, falls den derartigen Verträgen das Wilnagesbiet aufgenommen würde. Litauen wünsche im übrigen Polen stark zu sehen, da die Stärke Polens über die Existenz Litauens entscheide. Bezüglich der Anknüpfung diplomatischer Beziehungen, erklärt Woldemaras, daß er einen polnischen Gesandten nur in Wilna empfangen könne.

Einigung über die Regierungsbildung in Danzig

Danzig. Die vor einigen Tagen abgebrochenen Verhandlungen zwischen Sozialdemokraten, Zentrum und Deutsch-Liberalen haben gestern zu einer Einigung und zur Bildung einer Regierungskoalition geführt. In allen wesentlichen Punkten ist eine grundsätzliche Verständigung erzielt worden. Bei der geplanten Aenderung des Senatsystems hat man sich im großen und ganzen an die Hamburger Verfassung angelehnt. Danach würde der Senat in seiner jetzigen Form von hauptamtlichen und parlamentarischen Senatoren bestehen bleiben. Die Zahl der Senatoren soll aber verringert werden. Während bisher die hauptamtlichen Senatoren auf 4 Jahre fest angestellt waren, sollen sie künftig auf unbestimmte Zeit verpflichtet, aber ebenso wie die parlamentarischen Senatoren vom Vertrauen des Volkstages abhängig sein. Neben dieser Verkleinerung und Umgestaltung des Senates soll auch eine Verkleinerung des Volkstages und zwar von 120 auf 72 Abgeordnete erfolgen. Man hofft, daß die Wahl der neuen parlamentarischen Senatoren in einer der nächsten Sitzungen des Volkstages stattfinden kann.

Schließlich einigte man sich auf ein Kompromiß, wonach eigentlich nur 2 der jetzt bestehenden Schulen abgebaut werden sollen, während Arensburg und einigen anderen kleineren Städten ihre bis zum Abiturium führenden Schulen erhalten bleiben.



Senatspräsident Niedner nahm seinen Abschied

